

Initiative "Heilmittel für Hessen" fordert Abschaffung der Richtgrößen

Pressemeldung vom 16. Oktober 2007

Frankfurt, den 16. Oktober 2007 - Die in der letzten Woche in Frankfurt gegründete Initiative "Heilmittel für Hessen" hat sich mit einer radikalen Forderung in die aktuelle Diskussion um die Heilmittel-Richtlinien eingeschaltet. Ziel der Initiative ist es, Richtgrößenprüfungen für Heilmittel in Hessen ein für alle Mal abzuschaffen. Der Initiative gehören Ärzte unterschiedlichster Fachrichtungen an. Sie wird von der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen unterstützt.

"Die Abschaffung der Richtgrößenprüfung bei den Heilmitteln ist überfällig", formuliert der stellvertretende Vorsitzende der KV Hessen, Dr. med. Gerd W. Zimmermann, unmissverständlich. "Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum Ärzte für die Verschreibung von Heilmitteln haften sollten. Sie haben keinerlei Einfluss auf den Preis der Heilmittel und sowohl Indikation als auch Menge sind in Richtlinien vorgegeben. Wenn die Krankenkassen nun endlich über Sonderregelungen nachdenken, sollten sie diese anachronistische Prüfung gleich ganz streichen."

Der zum Vorsitzenden der Initiative gewählte Allgemeinmediziner Dr. Peter Eckert aus Hohenahr sieht neben den Krankenkassen Politik und Prüfungsausschuss in der Pflicht: "Es kann nicht angehen, dass uns die Politik derart im Regen stehen lässt. Wer schützt uns Ärzte vor der Willkür eines nicht nachvollziehbaren Prüfgebarens? Die Auswirkungen dieser Schreiben an der ärztlichen Basis sind katastrophal und die Unsicherheit bei der Versorgung der Patienten schon jetzt greifbar. Diese Prüfungen müssen weg und die Politik muss endlich handeln!"

Auslöser für die nun gestartete Kampagne waren Mitteilungen des unabhängigen Prüfungsausschusses der Ärzte und Krankenkassen in Hessen, der im August diesen Jahres mehr als 1.100 hessische Ärztinnen und Ärzte über mögliche Heilmittelregresse in bis zu sechsstelliger Höhe informiert hatte. Diese Schreiben hatten bei den Betroffenen für Wut und Entsetzen, in vielen Fällen gepaart mit Existenzängsten, gesorgt, gleichzeitig aber den Ruf nach Abschaffung der Prüfungen laut werden lassen.

Richtgrößenprüfungen sind gesetzlich vorgeschrieben, um vermeintlich unwirtschaftliches Verordnen zu verhindern. Die nun eingetretene Verunsicherung und die damit verbundenen Ängste der verordnenden Ärzte kann der Gesetzgeber jedoch nicht wollen. Dass dies überdies dazu führt, dass beispielsweise dringend notwendige logopädische Verordnungen nicht mehr zeitgerecht vorgenommen werden können oder die Förderung - etwa von behinderten Kindern - stark eingeschränkt werden muss, macht die gesellschaftliche Notwendigkeit der Abschaffung dieser Prüfung deutlich.

Dr. Zimmermann kündigt ein nachhaltiges Vorgehen an: "Wir wissen, dass wir unter Umständen einen langen Atem brauchen, um unser Ziel zu erreichen. Aber wir werden erst dann Ruhe geben, wenn die Prüfungen abgeschafft sind."

Die Initiative wird ihre Ziele und die nächsten Schritte im Rahmen einer Pressekonferenz vorstellen, die am 7. November 2007, um 11 Uhr im Verwaltungsgebäude der KV Hessen in Frankfurt stattfindet.

Hinweis an die Redaktion: Bei Fragen und Interviewwünschen wenden Sie sich gerne an die Abteilung Kommunikation der KV Hessen, Karl Matthias Roth, Telefon 069 / 79502-755, Silvia Herzinger, Telefon 069 / 79502-682, Alexandra Rieger, Telefon 069 / 79502-580, Telefax 069 / 79502-501, E-Mail: .